

**November/Dezember 2012**

## **Newsletter von Dr. Cornelia Ernst**

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)



**DIE LINKE.**  
IM EUROPAPARLAMENT

**GUE/NGL**  
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke  
Parlamentarische Fraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

### **Des Friedrichs Lügen - Ein Bericht aus Serbien**



Ich ärgere mich, dass Minister wegen erlogener Doktorarbeiten aus dem Amt fliegen, aber nicht wegen ihrer täglichen Lügen. Dabei wäre Bundesinnenminister Friedrich einer, der wegen der Behauptung, aus Serbien oder Mazedonien stammende Roma kämen des „Asylmissbrauchs“ wegen nach Deutschland, aus dem Amt gejagt werden müsste. Sein Argument, in diesen Ländern sind Roma „sicher“, daher müssten Serbien und Mazedonien „ihre Staatsbürger“ abhalten, in die EU auszureisen, sonst entzöge man ihnen die Visafreiheit, lässt jeden Nazi neidisch werden.

Als ich im November in Serbien war, konfrontieren mich die Behörden damit, dass sie sich erpresst fühlen. Die Androhung von EU-Mitgliedsstaaten wie Deutschland, Schweden und Österreich, die Visafreiheit zu entziehen, wenn weiterhin Roma in die EU strömen, hat dazu geführt, dass an den serbischen Grenzen absonderlichste Praktiken eingeführt wurden. Da Roma als Minderheit in Serbien nicht anerkannt und im Pass nicht als Ethnie vermerkt sind, schauen serbische Grenzbeamte, wer Romas ähnlich sieht. Wenn „verdächtige“ Familien die Grenze überschreiten wollen, werden sie zurückgeschickt mit dem Argument des Kindeswohles. Bei Einzelpersonen wird gefragt, wohin sie wollen, ob sie eine amtliche Genehmigung haben und eine Wohnung im Ankunftsort besitzen. Obwohl serbische Roma wie alle anderen in Serbien lebenden Bürger das verbriefte Recht haben, seit der Visaliberalisierung ungehindert in die EU zu reisen, gibt es die Lex Roma. Das verstößt gegen EU-Recht, die mit Serbien geschlossenen Verträge und das Diskriminierungsverbot!

Dennoch ist Bundesinnenminister Friedrich Einpeitscher solcher Lösungen. Er verwies auf die steigenden Asylbewerberzahlen in Deutschland aus diesen Ländern. Im September 2012 kamen 1395 Roma aus Serbien und 1040 aus Mazedonien - eine Zahl, die kaum von massenhafter Zuwanderung zeugt. Friedrichs These vom Asylmissbrauch fiel auf fruchtbaren Boden, den der NPD. Was ist nun mit dem „Asylmissbrauch“? Ich

habe in Belgrad ein Roma-Lager besucht. Es war mitten in der Stadt. Das Lager bestand aus Holzkaten, mit Pappe bedeckt, ohne Wasser, Strom, und soziale Unterstützung. Die Hütten stehen auf einer Müllhalde. Die dort lebende Familie, Flüchtlinge aus Mazedonien, die Frau hochschwanger, lebt von Abfällen. Das Lager wird bewacht von einem Beamten, der uns verbietet mit den Bewohnern zu sprechen. Solche „wildes Lager“, wie sie in Serbien genannt werden, entstanden überall, weil Roma aus ihren Wohnungen vertrieben wurden oder als Flüchtlinge nach Serbien kamen. Mit Bulldozern hat die serbische Regierung dann begonnen zu räumen, ohne Ersatz. Hierauf hatte die EU interveniert und Mittel bereitgestellt, um Häuser zu bauen. Entstanden sind Container außerhalb Belgrads. Eine Containersiedlung besuchten wir: Mitten in der Prärie, ohne Infrastruktur, abgestellt auf einem Feld. Die Container sehen freilich



besser aus als die Lager in der Stadt. So wunderten wir uns, dass nahezu alle Roma von zurück in die Stadt wollen. Gründe sind, dass sie abseits der Stadt keinerlei Lebensgrundlage haben. In Belgrad gab es kleinere Arbeiten und das Besorgen von Nahrung aus den Mülleimern gewährte ihnen, wenigstens nicht zu verhungern. Von den Behörden werden auch Spitzel gekauft damit sie Leute im Lager melden, die „verbotene Dinge“ tun. Mit uns zu reden sei verboten, erzählte er. Alle hätten Angst, gemeldet und aus den Containern vertrieben zu werden. Zukunftschancen hat in den Lagern, egal ob serbische Roma oder Roma aus anderen Ländern Ex-Jugoslawiens, niemand. Nach Deutschland gehen, um wenigstens den Winter zu überstehen. Ist das wirklich Asylmissbrauch?

Der Kern von Asylbegehren ist es, menschenunwürdigen Lebensbedingungen, die die Existenz des Einzelnen bedrohen, zu entgehen. Statt wegzuschauen, sollte für den Beitritt dieser Länder in die EU, die Roma-Frage eine zentrale sein. Aber sie brauchen Unterstützung, statt die Aufforderung zum Bruch von EU-Recht, bevor sie Mitglieder der EU sind.

**Europäisches Parlament**  
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL  
Rue Wiertz, ASP 6F154  
B-1047 Brüssel  
cornelia.ernst@europarl.europa.eu  
Manuela Kropp: +32 (0)228-47660  
Lorenz Krämer: +32 (0)228-37660  
Fax: +32 (0)228-49660  
manuela.kropp@europarl.europa.eu  
lorenz.kraemer@europarl.europa.eu

**Büro Dresden**  
Schweriner Straße 50a  
01067 Dresden  
Tel.: +49 (0)351-42690005  
Fax: +49 (0)351-20699046  
Jan Robert Karas  
Susanna Karawanskij  
Anja Eichhorn  
europa@cornelia-ernst.de

**Büro Leipzig im linXXnet**  
Bornaische Straße 3d  
04277 Leipzig  
Tel.: +49 (0)341-3081199  
Juliane Nagel  
juliane.nagel@linxxnet.de  
**Büro Chemnitz im Rathaus**  
Lohstraße 2  
09111 Chemnitz  
bei Anfragen:  
Tel.: +49 (0)351-42690005  
europa@cornelia-ernst.de

**Europakontaktbüro Bautzen**  
Seminarstraße 5  
02625 Bautzen  
Tel./Fax: +49 (0)3591-270561  
Ilona Messer  
bautzen@cornelia-ernst.de

# Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

## November/Dezember 2012

**DIE LINKE.**  
IM EUROPAPARLAMENT

**GUE/NGL**  
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke  
Parlamentsfraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

### Das neue Öl

Vor fast einem Jahr, Ende Januar 2012, hat die Europäische Kommissarin für Grundrechte, Reding, einen der bis 2014 wichtigsten Gesetzesvorschläge in ihrem Bereich vorgelegt. Es handelt sich um das Paket zur Reform des Datenschutzes, das genaugenommen aus zwei Gesetzesvorschlägen besteht, einer Verordnung, die den Datenschutz umfassend und in fast allen Bereichen regeln soll und einer Richtlinie, die den Datenschutz im Bereich Justiz und Strafverfolgung betrifft.

Die Verordnung wird dabei eine Richtlinie von 1995 ersetzen, die, entstanden in einer Zeit, als das Internet überhaupt erst massentauglich wurde, nicht mit allen Entwicklungen seitdem Schritt halten konnte und deshalb überholungsbedürftig ist. Zu beachten ist der Unterschied zwischen Verordnung und Richtlinie. Während ersteres sofort und unmittelbar in der gesamten EU gilt, muss die Richtlinie im Rahmen einer Frist von allen Staaten in ein eigenes Gesetz gegossen werden, wobei ihnen immer ein gewisser Spielraum bleibt.

Es liegt auf der Hand, dass diese Reform direkte Auswirkungen auf buchstäblich alle Menschen in der EU hat: Von uns allen werden stetig immer mehr Daten verarbeitet, teils gewollt, teils ungewollt, und immer öfter werden die Daten im Ausland verarbeitet, teils offensichtlich, teils verdeckt. Genau hier ist aber der springende Punkt, warum im Datenschutz eine europaweite Regel so wichtig ist. So hat zum Beispiel Facebook seinen europäischen Firmensitz in Irland, entsprechend gelten die irischen Gesetze, auch gegenüber den deutschen Benutzern. Ein vernünftiger Datenschutz für Alle, egal ob in Deutschland, in Polen, in Spanien oder in der gesamten EU kann deshalb heutzutage nur noch europäisch erreicht werden. Dazu kommt, dass Redings Vorschläge zwar nicht perfekt sind, aber eindeutig in die richtige Richtung gehen.

Auch wenn der größte Teil der Debatten, die zu dieser Reform geführt werden, von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet bleiben, so hat die Geschäftswelt dennoch die Bedeutung des Projekts erkannt. Vor Anfragen von Lobbyisten ist im Europaparlament wohl kein Abgeordneter gefeit; bei den meisten Gesetzen landen etwa drei bis fünf dieser Anfragen in meinem Postfach, dazu kommt meistens noch eine NGO. Aber diesmal ist das anders. Es sind zwar noch immer drei Lobbyanfragen - allerdings am Tag, seit fast einem Jahr. Bürgerrechtler, Daten- und Verbraucherschützer sind zwar auch darunter, verschwinden aber fast vollständig in der Masse. Die überwältigende Mehrheit der Lobbyisten kommt aus den USA oder aus der Werbebranche. Sie setzen sich

ein für wenig Regulierung, für einen möglichst einfachen Datentransfer nach Amerika, wo es kein vergleichbares Datenschutzrecht gibt und dafür, dass weniger Daten als persönliche Daten gelten. Wie sich mittlerweile herausgestellt hat, hat selbst die US-Regierung versucht, die EU-Kommission von dem Projekt abzubringen. Unnötig zu sagen, dass Nichts von dem im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger liegt.

Daten seien das neue Öl, ist oft zu hören. Fakt ist, dass sehr viele Firmen mit dem Handel und der Auswertung personenbezogener Daten milliardenschwere Umsätze machen, meistens ohne dass die Nutzer darin eingewilligt hätten oder nachvollziehen könnten, was mit ihren Daten geschieht. Datenschutz hat nicht zum Ziel, Dinge wie Facebook zu verbieten. Ziel ist es, den Menschen die Entscheidungshoheit über dieses neue Öl zu erhalten, und dafür zu Sorgen, dass Angebote wie Facebook genutzt werden können, ohne dass wir dafür die Kontrolle über unsere Daten aufgeben müssen.

### Eu-Parlament gibt erneut Verantwortung ab!



Foto © Mista Bob

Mit der Abstimmung zur europäischen Patentpolitik im Dezember 2012, ist erneut ein völlig falscher Weg eingeschlagen worden. Das beschlossene System für das sogenannte Einheitspatent wird neben der EU existieren und nicht der Rechtsprechung durch den EuGH unterliegen. Alle Forderungen, dass das Einheitspatent konform mit EU-Recht sein sollten, wurden von der Mehrheit heute abgelehnt. Auch die Forderung, Softwarepatente deutlich zu verbieten, ist heute niedergestimmt worden. Damit hat das Parlament auch seine eigene Position der letzten Jahre, die sich immer deutlich gegen Softwarepatente gerichtet hatte, zurückgenommen.

Sorgen mache ich mir um Saatgutpatente, denn auch das Züchterprivileg ist abgelehnt worden. Dies hätte es Züchtern erlaubt, Samen, die sie aus patentierten Pflanzen gewinnen, weiterzuverwenden. Ein großer Nachteil ist das Einheitspatent für viele europäischen kleine und mittlere Unternehmen. Durch das zukünftige Nebeneinander verschiedener Patentsysteme wird effektiv Rechtssicherheit abgebaut, die Kosten, die Anfallen um Patente vor Gericht durchzusetzen, werden steigen. Darunter leiden am allerwenigsten große Multis, während die kleinen Betriebe eine Sorge mehr bekommen.

### News+News+News

Informationen über die politische Arbeit von und mit Cornelia Ernst findet ihr unter: [www.cornelia-ernst.de](http://www.cornelia-ernst.de)